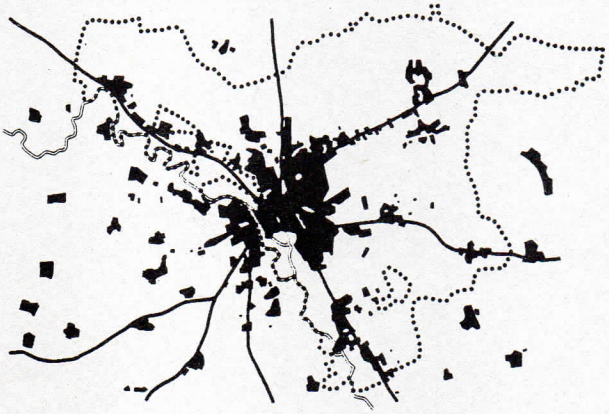
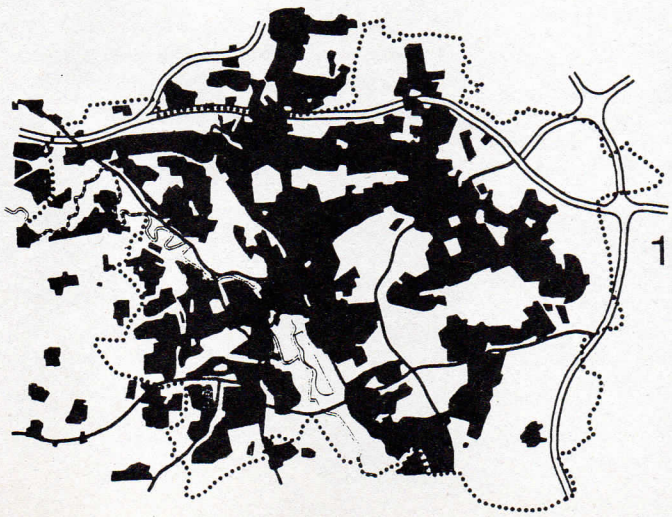
# Historische Stadtentwicklung Hannovers
## – Bebauungsdichte von 1860 – 1985

1860



1910

1945



1985

Zeit wird ein zentrales Umweltzentrum gegründet, dem mindestens 10 verschiedene Einzelinitiativen angehören sollen. Für die Förderung dieses Projektes sind im städtischen Haushalt für 1991 DM 170.000 veranschlagt. Insgesamt stehen Beihilfen für Umweltinitiativen in Höhe von DM 276.400 im Jahre 1991 zur Verfügung (zur Zeit ist allerdings eine 15%-Haushaltssperre verhängt). Um die finanzielle Förderung der Umweltinitiativen gibt es jedes Jahr aufs neue politischen Streit, weil diese Mittel beliebtes Ziel für Einsparungen sind. Die GABL hat sich geplanten Streichungen immer widersetzt und wird sich zukünftig für Kontinuität und Umschichtung zugunsten der institutionellen Förderung für die hannoversche „Umweltszene" einsetzen. In einem 5-Jahres-Plan sollen mindestens 1,5 Mio. Mark bereitgestellt und durch Aufnahme in die mittelfristige Finanzplanung abgesichert werden.

● Glasnost und Perestroika

Die Beteiligung von Bürgerinitiativen und Umweltverbänden an Planungen der Stadtverwaltung und an politischen Entscheidungsprozessen muß ausgeweitet werden. So muß die Mitwirkung für Betroffene und Interessierte frühzeitig und umfassend möglich sein. Folgende Mitwirkungsmöglichkeiten sollen zukünftig für Umweltverbände geschaffen werden:

- Mitgliedschaft im Umweltausschuß
- Einrichtung eines Naturschutzbeirates für die Untere Naturschutzbehörde
- Mitsprachemöglichkeiten in Unternehmen mit städtischer Beteiligung und umweltrelevanten Aufgaben (Stadtwerke, ÜSTRA, Messe, Flughafen)
- Behandlung der Umweltverbände als Träger öffentlicher Belange, insbesondere bei Bauleitplanungen.

3. Umweltverträglichkeitsprüfung und Umweltinformationssystem. Am 1. 12. 1987 wurde die UVP durch eine Dienstanweisung des Oberstadtdirektors probeweise eingeführt. Die Probezeit endete im Dezember 1990. Zur Zeit werden die Erfahrungen ausgewertet. Noch vor der Sommerpause wird eine Anhörung stattfinden, um Erfahrungen mit der UVP-Praxis in anderen Städten auszutauschen. Über das endgültige UVP-Verfahren wird danach entschieden.

Die GABL fordert die konsequente Durchführung der UVP als zentrales Instrument zur Umweltvorsorge und für den ökologischen Stadtumbau. Voraussetzungen dafür sind die Auswahl eines geeigneten Verfahrens und die Aufstockung des Personals (bisher sind nur zwei Sachbearbeiter neben anderen Aufgaben auch für die UVP zuständig). Vor allem Vorhaben im Baubereich (Hoch-, Tiefbau, Bauleitplanung, Baugenehmigungen) und im Beschaffungs-